

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 6. Juni 2023 · Nr. 128 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.30



JOSE LUIS GONZALEZ / REUTERS

Paradoxe Flucht aus Lateinamerika

Tausende Migranten aus Lateinamerika versuchen täglich die massiven Grenzanlagen zwischen Mexiko und den USA zu überwinden. Für den peruanischen Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa ist das paradox. Denn die meisten dieser Menschen suchen in den USA genau das, was sie in ihren Herkunftsländern verunmöglichen, indem sie linkspopulistische Regierungen an die Macht wählen. *Feuilleton, Seite 30*

Die Inflation sinkt – aber die Nationalbank ist noch nicht im Ziel

Trotz nachlassender Teuerung dürften die Leitzinsen weiter steigen

THOMAS FUSTER

In der Schweiz sind bei der Inflation leichte Zeichen einer Entspannung zu beobachten. So ist die Gesamtteuerung im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat von 2,6 auf 2,2 Prozent gesunken. Sie liegt damit wieder auf gleich hohem Niveau wie im Februar 2022, also noch vor Beginn des Ukraine-Krieges. Dennoch befindet sich die Inflation weiterhin über dem Zielband zwischen 0 und 2 Prozent, das die Schweizerische Nationalbank (SNB) in mittlerer Frist anstrebt.

Die Teuerung ist hausgemacht

Trotz Rückgang im Vorjahresvergleich ist die Inflation gegenüber dem Vormonat April weiter gestiegen, und zwar um 0,3 Prozent. Das Plus wird vom Bundesamt für Statistik unter anderem mit höheren Preisen für Wohnungsmieten und Pauschalreisen ins Ausland begründet. Aber auch die Lebensmittel haben sich weiter verteuert, allen voran die Frucht- und Wurzelgemüse.

Dass die Inflation indes im Vorjahresvergleich gesunken ist, ist vor allem einem Basiseffekt zuzuschreiben. So waren die Energiepreise kurz nach dem Kriegsausbruch steil nach oben geschossen; heute hingegen sind Erdölprodukte beispielsweise wieder 17 Prozent günstiger als im Mai 2022. Die sogenannte Kerninflation, die stark volatile Güter wie Energiegüter ausklammert, ist im Vorjahresvergleich dabei von 2,2 auf 1,9 Prozent gesunken;

sie liegt damit erstmals in diesem Jahr wieder unter 2 Prozent.

Zurücklehnen kann sich die Schweizerische Nationalbank deswegen aber noch nicht. Erstens liegt die Inflation weiterhin über dem Zielband. Zweitens zeigt sich, dass die Teuerung – anders als noch zu Beginn der jüngsten Inflationswelle – nicht mehr primär aus dem Ausland importiert wird, sondern im Inland entsteht. So liegt die Teuerung der Inlandgüter mit 2,4 Prozent im Vorjahresvergleich erneut über der Inflation der Importgüter (1,4 Prozent).

Für die SNB ist das Auseinanderklaffen zwischen inländischer und ausländischer Teuerung keine gute Nachricht. Denn eine im Inland verwurzelte Teuerung lässt sich über eine blosser Aufwertung des Frankens, wie dies die SNB seit 2021 zu akzeptieren bereit ist, nicht mehr so einfach bekämpfen. Ausserdem breitet sich die Inflation im Inland auf immer mehr Sektoren der Wirtschaft aus. Preiserhöhungen sind zusehends einfacher durchsetzbar, und die Inflation verfestigt sich.

Dilemma für die Nationalbank

Hinzu kommt, dass gegen Ende Jahr die Wohnungsmieten deutlich anziehen dürften. Der Grund ist die vergangene Woche beschlossene Erhöhung des hypothekarischen Referenzzinssatzes von 1,25 auf 1,5 Prozent. Dies berechtigt Vermieter unter bestimmten Voraussetzungen, den Mietzins ab Oktober um 3 Prozent zu erhöhen und zudem 40

Prozent der Teuerung sowie allgemeine Kostensteigerungen geltend zu machen.

Die absehbare Mietanpassung stellt die SNB vor ein Dilemma. So führen Leitzinserhöhungen dazu, dass der Referenzzins und infolgedessen der Preis fürs Wohnen sowie die Inflation weiter steigen. Das steht quer zum Interesse der SNB, die mit ihren Zinserhöhungen eigentlich die Inflation senken will. Der Zielkonflikt dürfte aber kurzfristiger Natur sein. Mittel- und langfristig werden Haushalte, die mehr fürs Wohnen bezahlen müssen, ihre übrigen Ausgaben einzuschränken versuchen, was eher inflationsdämpfend wirkt.

Die SNB wird daher ihre Geldpolitik, die seit rund einem Jahr mit Zinserhöhungen und Devisenverkäufen restriktiv gestaltet wird, in naher Zukunft weiter straffen. An der nächsten geldpolitischen Lagebeurteilung vom 22. Juni erwarten die meisten Beobachter einen neuerlichen Zinsschritt. Offen ist, ob der derzeit bei 1,5 Prozent liegende SNB-Leitzins nur um 25 oder – wie bei den beiden letzten Entscheiden – um weitere 50 Basispunkte erhöht wird.

Aufgrund des anhaltenden Rückgangs der Inflation wird derzeit eher mit einem Zinsschritt von 25 Basispunkten gerechnet. Danach dürfte laut der Einschätzung vieler Beobachter der Zinsgipfel vorderhand erreicht sein. Die SNB könnte demnach also die – stets mit Verzögerung einsetzende – Wirkung ihrer bisherigen Massnahmen abwarten, ehe sie allenfalls erneut an der Zinsschraube drehen wird.

Patienten überrennen die Arztpraxen

Vor allem Junge nehmen mehr Leistungen in Anspruch

Einen Ausschlag mit einer Salbe behandeln, das reicht heute nicht mehr. Die Kranken wollen ihren Beschwerden auf den Grund gehen und haben keinerlei Geduld mehr. Mit verheerenden Folgen für das Gesundheitssystem.

SIMON HEHLI

Sabrina Albisser ist immer wieder erstaunt, weshalb die Leute zu ihr in die Praxis kommen. «Manche denken bei einem reizlosen Zeckenstich schon an eine Borreliose oder bei Husten an eine schwere Lungenentzündung», erzählt die Hausärztin aus der Luzerner Gemeinde Oberkirch. Es brauche dann oft einiges an Einfühlungsvermögen und Aufklärungsarbeit, um die Bedenken zu zerstreuen.

Was Albisser im Kleinen erlebt, schlägt sich im Grossen in den Statistiken nieder: Die Ärztinnen und Ärzte werden derzeit überrannt. Über alle Fachgruppen hinweg stieg im Jahr 2022 die Zahl der Patienten pro Praxis erstmals auf über 1000, wie aus dem neusten Tarifmonitoring der Ärzteschaft FMH hervorgeht. Das ist im Vergleich zum Jahr 2017 eine Steigerung um 15 Prozent. Und die Entwicklung beschleunigt sich: Von 2021 auf 2022 betrug der Anstieg 6,5 Prozent. Besonders stark betroffen sind die Grundversorger, also die Hausärztinnen und Kindermediziner.

Philippe Luchsinger, Präsident des Verbandes Haus- und Kinderärzte Schweiz (MFE), bestätigt, dass es immer mehr Konsultationen gibt – vor allem von jüngeren Patientinnen und Patienten. Auch dazu existiert eine aufschlussreiche Statistik. Sie stammt vom Krankenversicherer Sanitas und wurde bisher nicht öffentlich gemacht.

Fast jeder geht zum Arzt

Die Zahlen zeigen, dass bei den 26- bis 30-jährigen Sanitas-Kunden der Anteil jener, die keinerlei medizinische Leistungen zulasten der Grundversicherung beziehen, rapide gesunken ist: von rund 35 Prozent im Jahr 2012 auf rund 22 Prozent letztes Jahr. Sehr ähnlich sieht es bei den 31- bis 35-Jährigen aus, während es bei der Altersgruppe von 60 bis 70 keine grossen Veränderungen gab.

Urs Stoffel, Vorstandsmitglied der FMH, erklärt den erhöhten Konsum von Gesundheitsleistungen bei den Jungen in einem Artikel in der «Ärztzeitung» damit, dass sich das Gesundheitsbewusstsein nachhaltig verändert habe – akzentuiert noch durch die Pandemie. Stoffel zitiert einen Kardiologen: «Früher musste ich einem Patienten mit einer Ultraschalluntersuchung nachweisen, dass er an einer Herzmuskelentzündung leidet. Heute muss ich ihm beweisen, dass er nicht an einer Herzmuskelentzündung leidet.»

Stoffel diagnostiziert eine allgemeine Verunsicherung bezüglich des eigenen Gesundheitszustandes. Das sieht auch die Hausärztin Albisser so. Die Patienten wüssten dank dem Internet zwar besser Bescheid, könnten aber oft nur schwer einschätzen, wie gravierend ihre

Krankheitssymptome sind. «Wenn man Kopfweh googelt, kommt halt schnell der Hirntumor.»

Es scheint, dass ein gewisser Pragmatismus im Umgang mit medizinischen Bagatellen verlorengegangen ist. Früher seien die Patienten zufrieden gewesen, wenn eine Salbe gegen den Hautausschlag oder die Tablette gegen das Fieber geholfen habe, sagt Albisser, die auch am Zentrum für Hausarztmedizin der Universität Luzern tätig ist. «Heute wollen sie oft genau den Grund für die Beschwerden wissen und verlangen eine aufwendige Abklärung, etwa wegen allfälliger Allergien. Mit einer gewissen diagnostischen Restunsicherheit, die in der Medizin leider oft besteht, können viele nur schlecht umgehen.»

Albisser hat den Eindruck, dass die Generation der 20- bis 30-Jährigen von ihren Eltern nicht vermittelt bekommen hat, was man bei leichten Schmerzen oder Fieber machen kann. Sie würde sich deshalb wünschen, dass die Schulen die Lücke füllen und in einer Art Gesundheitsbildung praktisches Medizinwissen vermitteln würden.

Keine Musse, krank zu sein

Weitere Faktoren sind für Albisser übersteigerte Erwartungen an die Möglichkeiten der Medizin und eine immer grössere Ungeduld. «Die Leute haben keine Musse mehr, krank zu sein und sich zu erholen. Eine Erkältung dauert nun einmal eine Woche, aber nach drei Tagen stehen sie bei mir in der Praxis und sagen: «Es ist immer noch nicht weg!» Ein paar Tage abgenabelt zu sein vom Job, aber auch vom Ausgang oder vom Fitnesstraining, das sei für viele ein grosser Stress. Den Faktor Verunsicherung hält auch der MFE-Chef Luchsinger für relevant. Doch er geht davon aus, dass auch schlicht mehr Leute krank sind und entsprechende Behandlungen benötigen.

Der Ansturm der Patienten stellt die Notfallstationen der Spitäler und die ambulanten tätigen Mediziner vor Probleme. Laut Urs Stoffel sind gerade die Hausarzt- und Pädiatriepraxen ausgelastet oder sogar überlastet, viele haben einen Aufnahmestopp. Die Situation wird verschärft durch einen Mangel bei den medizinischen Praxisassistentinnen. Der sprunghafte Anstieg der Konsultationen könne also nicht die Folge einer von den Ärzten getriebenen Mengenausweitung sein, betont Stoffel.

Die Entwicklung dürfte die Krankenkassenprämien weiter nach oben treiben. Allerdings betonen die Vertreter der Ärzteschaft, dass die Kosten pro Arztbesuch 2022 leicht zurückgegangen sind – unter anderem, weil für den einzelnen Patienten weniger Zeit bleibt. «Wir haben also sehr effizient gearbeitet und damit dem Gesundheitswesen Geld gespart, sogar mit weniger personellen Ressourcen», sagt der Hausärzte-Präsident Luchsinger.

Sein FMH-Kollege Urs Stoffel warnt vor den Reformplänen von Gesundheitsminister Alain Berset, insbesondere vor den «Kostenzielen». Diese würden zu einer verdeckten Rationierung der Gesundheitsdienstleistungen führen.

Schweiz, Seite 7